1. ------IND- 2017 0525 E-- DE- ------ 20181003 --- --- FINAL





**I. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN**

MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT UND FISCHEREI,
ERNÄHRUNG UND UMWELT

**Nr. 122 Samstag, 19. Mai 2018 Abschn. I. S. 52591**

*Königliches Dekret 293/2018 vom 18. Mai 2018 zur Verringerung des Verbrauchs von Kunststofftragetaschen und zur Einrichtung des Herstellerverzeichnisses.*

I

Die Richtlinie 94/62/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 1994 über Verpackungen und Verpackungsabfälle wurde erlassen, um die Auswirkungen von Verpackungen und Verpackungsabfällen auf die Umwelt zu vermeiden bzw. zu verringern. Diese Richtlinie wurde durch das Gesetz 11/1997 vom 24. April 1997 über Verpackungen und Verpackungsabfälle und die königliche Verordnung 782/1998 vom 30. April 1998 über die Verabschiedung der Verordnung zur Umsetzung und Durchführung des Gesetzes 11/1997 vom 24. April 1997 über Verpackungen und Verpackungsabfälle in spanisches Recht umgesetzt. Obwohl Kunststofftragetaschen Verpackungen im Sinne der Richtlinie 94/62/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 1994 sind, enthält die ursprüngliche Fassung dieser Richtlinie keine spezifischen Bestimmungen über den Verbrauch von Verpackungen dieser Art.

Der derzeitige Verbrauch an Kunststofftragetaschen hat eine starke Vermüllung und eine ineffiziente Ressourcennutzung zur Folge und wird voraussichtlich noch weiter ansteigen, wenn keine angemessenen Maßnahmen ergriffen werden. Die Anhäufung von Kunststofftragetaschen in der Umwelt führt zu Umweltverschmutzung und verschärft das allgemeine Abfallproblem in den Gewässern, das für die aquatischen Ökosysteme weltweit eine Bedrohung darstellt. Kunststofftragetaschen mit einer Wandstärke unter 50 Mikron („leichte Kunststofftragetaschen“), die bei weitem den größten Anteil der in der Europäischen Union verbrauchten Kunststofftragetaschen ausmachen, werden seltener wiederverwendet als Kunststofftragetaschen aus stärkerem Material. Daher werden leichte Kunststofftragetaschen schneller zu Abfall und aufgrund ihres geringeren Gewichts häufiger weggeworfen. Die derzeitigen Recyclingraten von leichten Kunststofftragetaschen sind äußerst niedrig und werden aufgrund einer Reihe praktischer und wirtschaftlicher Schwierigkeiten in naher Zukunft voraussichtlich keine hohen Werte erreichen.

Um das beschriebene Problem auf Ebene der Europäischen Union zu lösen, wurde die Richtlinie (EU) 2015/720 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 zur Änderung der Richtlinie 94/62/EG betreffend die Verringerung des Verbrauchs von leichten Kunststofftragetaschen erlassen. Mit diesem königlichen Dekret soll die Richtlinie (EU) 2015/720 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 in spanisches Recht umgesetzt werden.

In der EU-Richtlinie wird festgelegt, dass die Mitgliedstaaten Maßnahmen ergreifen müssen, um eine dauerhafte Verringerung des Verbrauchs an leichten Kunststofftragetaschen in ihrem Hoheitsgebiet zu erreichen. Hierzu werden den Mitgliedstaaten mehrere Möglichkeiten zur Verfügung gestellt, darunter die Festlegung nationaler Verringerungsziele, die Einführung wirtschaftlicher Instrumente sowie gegebenenfalls Marktbeschränkungen, sofern diese Beschränkungen verhältnismäßig und nichtdiskriminierend sind. Darüber hinaus wird festgelegt, dass diese Maßnahmen abhängig von den Umweltauswirkungen der leichten Kunststofftragetaschen nach ihrer Verwertung oder Entsorgung, ihren Kompostierungseigenschaften, ihrer Haltbarkeit oder ihrem spezifischen Verwendungszweck variieren können.

In jedem Fall müssen die Mitgliedstaaten mindestens eine der folgenden Maßnahmen ergreifen: a) der Erlass von Maßnahmen, durch die sichergestellt wird, dass der jährliche Verbrauch an leichten Kunststofftragetaschen pro Person bis 31. Dezember 2019 höchstens 90 und bis 31. Dezember 2025 höchstens 40 beträgt oder gleichwertige Zielvorgaben in Gewicht ausgedrückt nicht überschreitet; b) der Erlass von Instrumenten, durch die sichergestellt wird, dass leichte Kunststofftragetaschen in Verkaufsstellen von Waren oder Produkten spätestens bis 31. Dezember 2018 nicht unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden, sofern keine gleichermaßen wirksamen Instrumente eingesetzt werden. Gemäß der Richtlinie können die Mitgliedstaaten Ausnahmeregelungen für Kunststofftragetaschen mit einer Wandstärke unter 15 Mikron beschließen, die aus Hygienegründen oder zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung verwendet werden. In der Richtlinie wird außerdem festgelegt, dass die Mitgliedstaaten im Rahmen der Bereitstellung von Daten über Verpackungen und Verpackungsabfälle an die Kommission gemäß den geltenden Vorschriften ab dem 27. Mai 2018 über den jährlichen Verbrauch an leichten Kunststofftragetaschen Bericht erstatten. Für die übrigen Kunststofftragetaschen mit einer Wandstärke ab 50 Mikron ist gemäß der Richtlinie vorgesehen, dass die Mitgliedstaaten Maßnahmen wie wirtschaftliche Instrumente und nationale Verringerungsziele ergreifen können. Darüber hinaus wird in der Richtlinie den von den Mitgliedstaaten durchzuführenden öffentlichen Informations- und Sensibilisierungskampagnen zu den negativen Umweltauswirkungen des übermäßigen Verbrauchs an leichten Kunststofftragetaschen besondere Bedeutung beigemessen.

II

Bezüglich des Verbrauchs von Kunststofftragetaschen wurden in dem Integrierten Nationalen Plan für Abfälle 2008-2015 (Plan Nacional Integrado de Residuos, PNIR) verschiedene Maßnahmen vorgesehen, um Einwegtragetaschen schrittweise zu ersetzen. Zu diesen Maßnahmen zählten die Verringerung des Verbrauchs von Einwegtragetaschen um 50 % bis 2010, die Aufstellung eines Zeitplans zur Ersetzung von nicht biologisch abbaubaren Kunststoffen sowie die Förderung von Vereinbarungen mit dem Handel, um die Entstehung von Abfällen durch Einwegtragetaschen zu reduzieren, die Nutzung von wiederverwendbaren Tragetaschen in Geschäften und großen Einkaufszentren zu fördern und Einwegtragetaschen aus nicht biologisch abbaubarem Kunststoff durch Tragetaschen aus biologisch abbaubaren Materialien zu ersetzen. Dabei muss darauf hingewiesen werden, dass die Bezeichnung biologisch abbaubar als kompostierbar im Sinne der Bestimmungen der Richtlinie (EU) 2015/720 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 zu verstehen ist.

Weiterhin wird gemäß der zweiten Zusatzbestimmung des Gesetzes 22/2011 vom 28. Juli 2011 über Abfälle und verunreinigte Böden die öffentliche Verwaltung dazu verpflichtet, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um besonders nachhaltige Systeme zur Vermeidung, Reduzierung und Entsorgung von Abfällen durch Einwegeinkaufstaschen aus nicht biologisch abbaubarem Kunststoff und entsprechende Alternativen zu fördern, einschließlich der jeweiligen Einwirkungen auf die Verwaltung als Verbraucher bei öffentlichen Beschaffungen.

Das Staatsprogramm zur Abfallvermeidung 2014-2020, das durch Beschluss des Ministerrats vom 13. Dezember 2013 verabschiedet wurde, umfasst daraufhin einen vorrangigen Bereich für Verpackungen, in dem bestimmte Maßnahmen zur Verringerung des Verbrauchs von Kunststofftragetaschen aufgeführt werden. Ebenso enthält auch der Staatliche Rahmenplan zum Abfallmanagement 2016-2022, der durch Beschluss des Ministerrats vom 6. November 2015 verabschiedet wurde, in seinem Kapitel über Verpackungen und Verpackungsabfälle Informationen und Zielvorgaben in Bezug auf Kunststofftragetaschen.

Letztlich wurden seit der Verabschiedung und Umsetzung des Integrierten Nationalen Plans für Abfälle 2008-2015, des Gesetzes 22/2011 vom 28. Juli 2011 und der späteren Programmierungs- und Planungsinstrumente im Abfallbereich von der öffentlichen Verwaltung und dem Handel zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um den Verbrauch von Verpackungen dieser Art zu reduzieren, wie u. a. freiwillige Vereinbarungen mit dem Handel, Sensibilisierungskampagnen, die Einführung von Steuern, die Förderung von langlebigen Tragetaschen und die Festsetzung von Preisen. Nach Angaben der Branche haben diese Maßnahmen im Laufe dieser Jahre dazu geführt, dass sich der Verbrauch praktisch um die Hälfte verringert hat, von 317 Tragetaschen je Einwohner im Jahr 2007 auf 144 Tragetaschen je Einwohner im Jahr 2014, was im Wesentlichen auf veränderte Verhaltensweisen beim Verbrauch dieser Art von Verpackung zurückzuführen ist.

Gemäß den von der Branche bereitgestellten Daten wurden in Spanien im Jahr 2014 rund 62 560 Tonnen Kunststofftragetaschen mit einer Wandstärke unter 50 Mikron (6730 Mio. Stück) in Verkehr gebracht, von denen 23 % Tragetaschen mit einer Wandstärke von unter 15 Mikron waren, sowie rund 4670 Tonnen Kunststofftragetaschen mit einer Wandstärke über 50 Mikron (158 Mio. Stück). Es ist somit notwendig, diese veränderten Verhaltensweisen beim Verbrauch von Kunststofftragetaschen weiterhin zu fördern, insbesondere in bestimmten Sektoren wie dem Einzelhandel, und die neue europäische Richtlinie über den Verbrauch von Tragetaschen in spanisches Recht umzusetzen.

III

Von den in der Richtlinie genannten Möglichkeiten für leichte Kunststofftragetaschen gelten die folgenden Maßnahmen als am angemessensten: erstens, dass sie ab dem 1. Juli 2018 in den Verkaufsstellen nicht mehr unentgeltlich an die Verbraucher ausgegeben werden dürfen. Das bedeutet, dass die Händler ab diesem Datum für jede an den Verbraucher abgegebene leichte Kunststofftragetasche eine Gebühr berechnen müssen. Ausgenommen von dieser Maßnahme sind sehr leichte Kunststofftragetaschen, d. h. Kunststofftragetaschen mit einer Wandstärke unter 15 Mikron, die aus Hygienegründen erforderlich oder als Erstverpackung für lose Lebensmittel vorgesehen sind. Zweitens dürfen ab dem 1. Januar 2021 in den Verkaufsstellen keine leichten und sehr leichten Kunststofftragetaschen mehr an die Verbraucher ausgegeben werden, die nicht kompostierbar sind – weder unentgeltlich noch gegen Gebühr. Diese Frist dient der Anpassung an die Verbindlichkeit, dass leichte und sehr leichte Kunststofftragetaschen nur bei einer vollständigen Einführung der getrennten Sammlung von Bioabfällen kompostierbar sind, was eine Voraussetzung dafür ist, dass die Ziele der Gemeinschaft hinsichtlich der Vorbereitung zur Wiederverwertung und zum Recycling von Siedlungsabfällen gemäß den Festsetzungen im Gesetz 22/2011 vom 28. Juli 2011 und in den neuen europäischen Abfallrichtlinien eingehalten werden können. Daher werden kompostierbare Tragetaschen, deren Behandlung am besten mittels biologischer Verfahren erfolgt, gemeinsam mit dem in den Siedlungsabfällen vorhandenen Anteil an Bioabfällen bewirtschaftet, um so zu vermeiden, dass sie mit anderen Abfallströmen wie beispielsweise aus Kunststoffverpackungen vermischt werden, da eine solche Mischung das mechanische Recycling von nicht kompostierbaren Kunststoffen erschweren könnte.

Es muss betont werden, dass das Ziel der Richtlinie (EU) 2015/720 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 und damit des vorliegenden königlichen Dekrets darin besteht, den Verbrauch von leichten Kunststofftragetaschen zu verringern. Die Verwendung von kompostierbaren Kunststofftragetaschen ist eine mögliche, jedoch nicht die einzige Alternative. Die Händler sind nicht verpflichtet, nicht kompostierbare Kunststofftragetaschen durch kompostierbare Kunststofftragetaschen zu ersetzen, sondern können auf jede beliebige andere Lösung zurückgreifen, solange diese nicht zu einer Zunahme von Verpackungsabfällen führt.

In den letzten Jahren wurden Kunststofftragetaschen in Verkehr gebracht, die als „oxo-biologisch abbaubar“ oder „oxo-abbaubar“ gekennzeichnet sind. Bei diesen Taschen werden herkömmlichen Kunststoffen Zusatzstoffe zugesetzt, die bewirken, dass die Kunststoffe mit der Zeit in kleine Partikel zerfallen, die in der Umwelt verbleiben. Die Bezeichnung solcher Taschen als „biologisch abbaubar“ kann also irreführend sein, da diese keine Lösung für das Problem der Vermüllung bieten, sondern dieses sogar verschlimmern können. Ähnlich wie mit den aus oxo-abbaubarem Kunststoff hergestellten Tragetaschen verhält es sich auch mit Tragetaschen, die aus foto-abbaubaren, thermo-abbaubaren und hydro-abbaubaren Kunststoffen gefertigt sind, weshalb von Tragetaschen aus in Fragmente zerfallendem Kunststoff gesprochen wird. Um schädliche Auswirkungen auf Böden, Gewässer und die Biota durch in der Umwelt verbleibende kleine Kunststoffpartikel zu verhindern, wurde beschlossen, dass ab dem 1. Januar 2020 auch die Abgabe von Tragetaschen aus in Fragmente zerfallendem Kunststoff verboten wird, worunter Kunststofftragetaschen zu verstehen sind, die aus Kunststoffmaterial hergestellt sind, denen Zusatzstoffe zur Katalysierung des Zerfalls von Kunststoffmaterial in Mikropartikel hinzugefügt wurden.

Angesichts der Tatsache, dass die Richtlinie (EU) 2015/720 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 den Mitgliedstaaten die Möglichkeit einräumt, Maßnahmen zur Verringerung des Verbrauchs von Kunststofftragetaschen jeder Art zu ergreifen, unabhängig von deren Wandstärke, wurde es für angemessen erachtet, auch Maßnahmen für Kunststofftragetaschen mit einer Wandstärke ab 50 Mikron zu ergreifen: zum einen werden diese Tragetaschen ab dem 1. Juli 2018 kostenpflichtig, wenn sie nicht einen Anteil von mindestens 70 % recyceltem Kunststoff aufweisen, und zum anderen wird im Hinblick auf die Entwicklung einer Kreislaufwirtschaft und die Förderung der Wiederverwertung von Materialien aus Abfällen bei der Herstellung neuer Produkte festgelegt, dass diese Tragetaschen ab dem 1. Januar 2020 zu mindestens 50 % aus recyceltem Kunststoff bestehen müssen und dass für diese Tragetaschen ein geringerer Orientierungspreis vorgeschlagen wird. Zu Prüf- und Kontrollzwecken der Gebührenbefreiung von Tragetaschen mit einem Anteil von mindestens 70 % recyceltem Kunststoff müssen die Händler die erforderlichen Unterlagen zum Nachweis des besagten Anteils bereit halten.

Schließlich ist klarzustellen, dass alle diese Maßnahmen auch Tragetaschen betreffen, die bei Online-Einkäufen oder Hauslieferungen mitgeliefert werden können. Ausgenommen sind im Versandhandel verwendete Kunststoffhüllen, wenn diese im Sinne der Begriffsbestimmung gemäß dem Gesetz 11/1997 vom 24. April 1997 und der dort genannten Beispiele als Verpackungen anzusehen sind.

Um die Bürger über die im Rahmen dieses königlichen Dekrets ergriffenen Maßnahmen und die Umweltauswirkungen des übermäßigen Verbrauchs an leichten Kunststofftragetaschen und deren Anhäufung in der Umwelt zu informieren und dafür zu sensibilisieren und die Anwendung des Grundsatzes der Abfallhierarchie zu fördern, müssen das Ministerium für Landwirtschaft und Fischerei, Ernährung und Umwelt und die zuständigen Behörden der Autonomen Gemeinschaften Sensibilisierungskampagnen durchführen, zumindest im ersten Jahr nach dem Inkrafttreten dieses königlichen Dekrets. Darüber hinaus müssen besagte Kampagnen Informationen bezüglich des Müllcontainers enthalten, über den die Kunststofftragetaschen, unabhängig davon, ob sie kompostierbar sind oder nicht, zu entsorgen sind. Im Zuge dessen können auch die lokalen Gebietskörperschaften und der Privatsektor Sensibilisierungskampagnen durchführen. In Anbetracht der Tatsache, dass Kunststofftragetaschen Verpackungen sind, können die von der öffentlichen Verwaltung durchgeführten Kampagnen über die kollektiven Systeme der erweiterten Verantwortung (früher bezeichnet als integrierte Verwaltungssysteme) finanziert werden, und zwar im Rahmen der Finanzierungsvereinbarungen, die diese Systeme mit den Autonomen Gemeinschaften bzw. gegebenenfalls mit den lokalen Gebietskörperschaften getroffen haben.

Im Einklang mit den Bestimmungen der EU-Vorschrift wird für kompostierbare Tragetaschen eine Kennzeichnungspflicht festgelegt, die innerhalb einer Frist von 18 Monaten in Kraft tritt, nachdem die Europäische Kommission den Rechtsakt mit Spezifikationen für Etiketten oder Kennzeichnungen erlassen hat, durch die sichergestellt wird, dass diese Tragetaschen in der gesamten Europäischen Union anerkannt und Verbrauchern korrekte Informationen über die Eigenschaften dieser Taschen zur Verfügung gestellt werden.

IV

Gemäß dem Gesetz 22/2011 vom 28. Juli 2011 wird die Einführung von Maßnahmen zur Vermeidung, Wiederverwendung und zum Recycling von Abfällen im Einklang mit den Bestimmungen der Richtlinie 2008/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 über Abfälle und zur Aufhebung bestimmter Richtlinien (Abfallrahmenrichtlinie) gefördert. Als Planungsinstrumente sind in dem Gesetz Pläne und Programme zur Abfallentsorgung, Programme zur Abfallvermeidung und die Festlegung von Zielen für die Abfallvermeidung und die getrennte Sammlung von Abfällen vorgesehen. Die Ziele für die Abfallvermeidung und die getrennte Sammlung sind unter anderem mit den zur Verfügung stehenden Informationen über die Menge und die Art der Erzeugnisse verknüpft, die in Verkehr gebracht und im Laufe der Verwendung zu Abfall werden.

Angesichts der Tatsache, dass es immer wichtiger wird, der Entstehung bestimmter Arten von Abfällen vorzubeugen, die Verfahren der Abfallsammlung weiterzuentwickeln, die Recyclingraten zu steigern und gegebenenfalls Maßnahmen zur Finanzierung durchzuführen, fordern die Umweltbehörden umfassendere Informationen über die Menge und Art der Erzeugnisse, die in Verkehr gebracht werden und durch die im Laufe der Verwendung Abfälle entstehen.

Eine in Form von Verzeichnissen erfolgende Erhebung von Daten zur Menge der in Verkehr gebrachten Erzeugnisse, durch die bestimmte Arten von Abfällen entstehen, wird in zahlreichen EU-Richtlinien zur Abfallbewirtschaftung verpflichtend vorgeschrieben, insbesondere in Rechtsvorschriften, in denen der Grundsatz der erweiterten Herstellerverantwortung Anwendung findet. In diesen Fällen verhält sich der finanzielle Beitrag des jeweiligen Erzeugnisherstellers zur Finanzierung der Abfallentsorgung proportional zur Menge und Art der von ihm in Verkehr gebrachten Erzeugnisse.

Verfügbare Informationen über das Inverkehrbringen bestimmter Arten von Verpackungen wie beispielsweise von Kunststofftragetaschen sind unerlässlich, um beurteilen zu können, ob die Ziele der Europäischen Union in Bezug auf die Verringerung des Verbrauchs erreicht werden, und um die jährlichen Informationspflichten gegenüber der Europäischen Kommission erfüllen zu können. Aus diesen Gründen muss von den Herstellern verlangt werden, dass sie jährlich Informationen über das Inverkehrbringen von Kunststofftragetaschen bereitstellen. Zu diesem Zweck wird ein Verzeichnis der Erzeugnishersteller eingerichtet, das einen administrativen und deklaratorischen Charakter hat und der Generaldirektion für Umweltqualität und -beurteilung und natürliche Lebensräume des Ministeriums für Landwirtschaft und Fischerei, Ernährung und Umwelt zugeordnet wird.

In dem Verzeichnis der Erzeugnishersteller wird ein Abschnitt über die Hersteller von Kunststofftragetaschen angelegt; durch weitere Rechtsvorschriften zur Regelung spezifischer Abfallaufkommen können in dem Verzeichnis weitere Abschnitte hinzugefügt werden.

Gemäß dem königlichen Dekret werden die Hersteller und Einführer von Kunststofftragetaschen verpflichtet, sich innerhalb von drei Monaten ab Inkrafttreten dieses königlichen Dekrets in das Verzeichnis der Erzeugnishersteller im Abschnitt Kunststofftragetaschen einzutragen und die entsprechenden Angaben bezüglich des Inverkehrbringens von Kunststofftragetaschen zu machen, damit die jährlichen Informationspflichten über den jährlichen Verbrauch an Kunststofftragetaschen gegenüber der Europäischen Kommission erfüllt werden können.

V

Dieses königliche Dekret wird unter Berufung auf Artikel 149 Absatz 1 Ziffern 13 und 23 der spanischen Verfassung verabschiedet, welche dem Staat jeweils die ausschließliche Zuständigkeit für die Grundlagen und Koordination der allgemeinen Wirtschaftsplanung und die grundlegende Gesetzgebung über den Umweltschutz zuschreiben. Die Ermächtigung zur Umsetzung dieser Durchführungsbestimmungen ist in der dritten Schlussbestimmung des Gesetzes 22/2011 vom 28. Juli 2011 enthalten, welche vorsieht, dass die spanische Regierung in ihrem Zuständigkeitsbereich die zur Durchführung und Anwendung dieses Gesetzes erforderlichen Rechtsvorschriften erlassen und insbesondere Vorschriften für die verschiedenen Arten von Abfall festlegen darf, in denen besondere Bestimmungen bezüglich ihrer Erzeugung und Entsorgung enthalten sind, sowie in der achten Zusatzbestimmung dieses Gesetzes, welche vorsieht, dass die Durchführungsbestimmungen im Bereich der Abfälle an die in dem Gesetz enthaltenen Bestimmungen angepasst werden müssen.

Die in diesem königlichen Dekret vorgesehenen Maßnahmen stehen zudem in Einklang mit den Bestimmungen in Artikel 16 Absatz 1 des Gesetzes 22/2011 vom 28. Juli 2011, in denen vorgesehen ist, dass die zuständigen Behörden wirtschaftliche, finanzielle und steuerliche Maßnahmen festlegen können, um der Entstehung von Abfällen stärker vorzubeugen, die getrennte Sammlung von Abfällen einzuführen, die Abfallentsorgung zu verbessern, die Recyclingmärkte zu fördern und zu stärken und dafür zu sorgen, dass der Abfallsektor zur Verringerung der Treibhausgasemissionen beiträgt.

Vor der Ausarbeitung dieses königlichen Dekrets fand über das Webportal des Ministeriums für Landwirtschaft und Fischerei, Ernährung und Umwelt die vorherige öffentliche Anhörung statt, die gemäß Artikel 133 des Gesetzes 39/2015 vom 1. Oktober 2015 über das gemeinsame Verwaltungsverfahren der öffentlichen Verwaltungen vorgesehen ist, in Verbindung mit Artikel 26 Absatz 2 des Regierungsgesetzes 50/1997 vom 27. November 1997.

Bei der Erarbeitung dieses königlichen Dekrets wurden die wirtschaftlichen und sozialen Akteure, die Autonomen Gemeinschaften und die Städte Ceuta und Melilla, sowie die lokalen Gebietskörperschaften und die besonders repräsentativen Sektoren, die potenziell betroffen sind, angehört. Darüber hinaus wurde der Entwurf gemäß den Bestimmungen des Gesetzes 27/2006 vom 18. Juli 2006 zur Regelung der Rechte auf Zugang zu Informationen, der Beteiligung der Öffentlichkeit und des Zugangs zur Justiz in Umweltbelangen (durch das die Richtlinien 2003/4/EG und 2003/35/EG umgesetzt werden) und gemäß den Bestimmungen des Regierungsgesetzes 50/1997 vom 27. November 1997 dem Beratenden Umweltausschuss zur Beratung und der Beteiligung der Öffentlichkeit vorgelegt.

Ferner wurde dieses königliche Dekret in Übereinstimmung mit Artikel 16 der Richtlinie 94/62/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 1994 über Verpackungen und Verpackungsabfälle zunächst der Europäischen Kommission notifiziert, und zwar nach dem Verfahren, das gemäß Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2015 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft vorgesehen ist, sowie den Vorschriften des königlichen Dekrets 1337/1999 vom 31. Juli 1999 zur Regelung der Übermittlung von Informationen auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft unterworfen.

Angesichts der beschriebenen Umstände erfüllt dieses königliche Dekret in Bezug auf seinen Inhalt und seine Bearbeitung die Grundsätze der Notwendigkeit, Wirksamkeit, Verhältnismäßigkeit, Rechtssicherheit, Transparenz und Effizienz gemäß den Bestimmungen in Artikel 129 des Gesetzes 39/2015 vom 1. Oktober 2015.

Darüber hinaus ist dieses königliche Dekret in Übereinstimmung mit Artikel 25 des Gesetzes 50/1997 vom 27. November 1997 im jährlichen Gesetzgebungsplan 2018 enthalten.

In Anbetracht dessen und auf Vorschlag der Ministerin für Landwirtschaft und Fischerei, Ernährung und Umwelt wird nach Billigung durch den Minister für Finanzen und öffentlichen Dienst, nach Zustimmung des Staatsrats und nach vorheriger Beratung des Ministerrates in seiner Sitzung vom 18. Mai 2018

VERFÜGT:

KAPITEL I

**Allgemeine Bestimmungen**

Artikel 1. *Gegenstand und Zweck.*

1. Durch dieses königliche Dekret sollen Maßnahmen zur Verringerung des Verbrauchs von Kunststofftragetaschen ergriffen werden, um die negativen Auswirkungen der durch diese Kunststofftragetaschen entstehenden Abfälle auf die Umwelt zu vermeiden und zu begrenzen, wobei ein besonderes Augenmerk auf die Schäden gelegt wird, die in aquatischen Ökosystemen und in bestimmten Wirtschaftssektoren wie u. a. in der Fischerei oder im Tourismus verursacht werden. Darüber hinaus soll der Verlust materieller und wirtschaftlicher Ressourcen vermieden werden, der durch das Zurücklassen von Kunststofftragetaschen und ihre Anhäufung in der Umwelt entsteht.

2. Dieses königliche Dekret soll außerdem zur Einrichtung des Verzeichnisses der Erzeugnishersteller führen, das administrativen und deklaratorischen Charakter haben soll und der Generaldirektion für Umweltqualität und -beurteilung und natürliche Lebensräume des Ministeriums für Landwirtschaft und Fischerei, Ernährung und Umwelt zugeordnet wird.

Artikel 2.*Geltungsbereich.*

In den Geltungsbereich dieses königlichen Dekrets fallen alle Kunststofftragetaschen, die auf dem Staatsgebiet in Verkehr gebracht werden, sowie alle durch diese Tragetaschen entstehenden Abfälle.

Artikel 3. *Begriffsbestimmungen.*

Neben den Begriffsbestimmungen gemäß dem Gesetz 22/2011 vom 28. Juli 2011 über kontaminierte Abfälle und Böden, gemäß dem Gesetz 11/1997 vom 24. April 1997 über Verpackungen und Verpackungsabfälle und gemäß der königlichen Verordnung 782/1998 vom 30. April 1998 über die Verabschiedung der Verordnung zur Umsetzung und Durchführung des Gesetzes 11/1997 vom 24. April 1997 gelten im Sinne dieses königlichen Dekrets folgende Begriffsbestimmungen:

a) „Kunststoff“: ein Polymer im Sinne von Artikel 3 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006, dem unter Umständen Zusatzstoffe oder andere Stoffe zugesetzt wurden und das als Hauptstrukturbestandteil von Tragetaschen dienen kann;

b) „Kunststofftragetaschen“: Tragetaschen mit oder ohne Tragegriff aus Kunststoff, die den Verbrauchern in der Verkaufsstelle der Waren oder Produkte angeboten werden, was auch Online-Einkäufe und Hauslieferungen mit einschließt;

c) „leichte Kunststofftragetaschen“: Kunststofftragetaschen mit einer Wandstärke unter 50 Mikron;

d) „sehr leichte Kunststofftragetaschen“: Kunststofftragetaschen mit einer Wandstärke unter 15 Mikron, die aus Hygienegründen erforderlich sind oder als Erstverpackung für lose Lebensmittel wie u. a. Obst, Gemüse, Fleisch und Fisch vorgesehen sind, sofern dies zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung beiträgt;

e) „Tragetaschen aus in Fragmente zerfallendem Kunststoff“: Kunststofftragetaschen aus Kunststoffmaterial, denen Zusatzstoffe zur Katalysierung des Zerfalls des Kunststoffmaterials in Mikropartikel hinzugefügt wurden. Als in Fragmente zerfallende Kunststoffe gelten sowohl oxo-abbaubare als auch foto-abbaubare, thermo-abbaubare und hydro-abbaubare Kunststoffe;

f) „kompostierbare Kunststofftragetaschen“: Kunststofftragetaschen, die die Anforderungen gemäß der gültigen europäischen Norm EN 13432:2000 „Verpackung – Anforderungen an die Verwertung von Verpackungen durch Kompostierung und biologischen Abbau – Prüfschema und Bewertungskriterien für die Einstufung von Verpackungen“ und ihren späteren Aktualisierungen erfüllen, sowie Kunststofftragetaschen, die den europäischen oder nationalen Normen über biologischen Abbau durch Eigenkompostierung entsprechen;

g) „Hersteller von Kunststofftragetaschen“: Hersteller, die fertiggestellte Kunststofftragetaschen auf dem nationalen Markt in Verkehr bringen. Einführer von fertiggestellten Kunststofftragetaschen gelten ebenfalls als Hersteller.

KAPITEL II

**Maßnahmen, Pflichten und Kampagnen zur Verringerung des Verbrauchs von Kunststofftragetaschen**

Artikel 4. *Maßnahmen zur Verringerung des Verbrauchs von Kunststofftragetaschen.*

Zur Verringerung des Verbrauchs von Kunststofftragetaschen werden gemäß dem Zeitpunkt ihres Inkrafttretens folgende Maßnahmen ergriffen:

1. Ab 1. Juli 2018:

a) In Verkaufsstellen von Waren oder Produkten dürfen mit Ausnahme von sehr leichten Kunststofftragetaschen und von Kunststofftragetaschen mit einer Wandstärke ab 50 Mikron, die einen Anteil von mindestens 70 % recyceltem Kunststoff aufweisen, keine Kunststofftragetaschen unentgeltlich an die Verbraucher ausgegeben werden.

b) In Bezug auf die im vorstehenden Satz genannte Ausnahme für Kunststofftragetaschen mit einer Wandstärke ab 50 Mikron müssen die Händler über vom Hersteller bereitgestellte Unterlagen zum Nachweis des besagten Anteils verfügen.

c) Die Händler müssen für jede dem Verbraucher zur Verfügung gestellte Kunststofftragetasche eine Gebühr berechnen. Zur Festsetzung der Preise für die Kunststofftragetaschen können die Händler die in Anhang I aufgeführten Orientierungspreise heranziehen.

d) Die Händler müssen die Verbraucher über die festgesetzten Preise informieren, indem sie diese an einer gut sichtbaren Stelle öffentlich aushängen, wobei außerdem in Form eines Vermerks anzugeben ist, dass die oben genannten Pflichten eingehalten werden.

2. Ab 1. Januar 2020:

a) In den Verkaufsstellen von Waren oder Produkten dürfen keine Tragetaschen aus in Fragmente zerfallendem Kunststoff an die Verbraucher ausgegeben werden.

b) Kunststofftragetaschen mit einer Wandstärke ab 50 Mikron müssen zu mindestens 50 % aus recyceltem Kunststoff bestehen.

3. Ab dem 1. Januar 2021 dürfen in den Verkaufsstellen von Waren oder Produkten mit Ausnahme von Tragetaschen aus kompostierbarem Kunststoff keine leichten oder sehr leichten Kunststofftragetaschen an die Verbraucher ausgegeben werden. Die Händler können sich auch für andere Verpackungsformate als Ersatz für die Kunststofftragetaschen entscheiden.

4. Alle in diesem Artikel aufgeführten Maßnahmen betreffen sowohl Kunststofftragetaschen, die in Verkaufsstellen von Waren oder Produkten ausgegeben werden, als auch Tragetaschen, die bei Online-Einkäufen oder Hauslieferungen mitgeliefert werden können. Ausgenommen sind im Versandhandel verwendete Kunststoffhüllen, wenn diese im Sinne der Begriffsbestimmung gemäß dem Gesetz 11/1997 vom 24. April 1997 und der dort genannten Beispiele als Verpackungen anzusehen sind.

Artikel 5. *Kennzeichnungspflichten für Kunststofftragetaschen.*

Innerhalb von 18 Monaten nach dem Erlass der EU-Vorschrift gemäß Artikel 8a der Richtlinie 94/62/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 1994 über Verpackungen und Verpackungsabfälle zur Festlegung von Spezifikationen für Etiketten oder Kennzeichnungen, durch die sichergestellt wird, dass kompostierbare Kunststofftragetaschen in der gesamten Europäischen Union anerkannt werden, müssen kompostierbare Kunststofftragetaschen, die im Staatsgebiet in Verkehr gebracht werden, gemäß der verabschiedeten Gemeinschaftsvorschrift gekennzeichnet werden.

Artikel 6. *Sensibilisierungs- und Informationskampagnen.*

1. Das Ministerium für Landwirtschaft und Fischerei, Ernährung und Umwelt und die Autonomen Gemeinschaften führen als zuständige Behörden Kampagnen durch, um die Öffentlichkeit über die im Rahmen dieses königlichen Dekrets ergriffenen Maßnahmen zu informieren und sie für die negativen Umweltauswirkungen des übermäßigen Verbrauchs von Kunststofftragetaschen aller Art und ihrer Anhäufung in der Umwelt zu sensibilisieren, außerdem fördern sie die Anwendung des Grundsatzes der Abfallhierarchie. Bestandteil besagter Kampagnen sind Informationen bezüglich des Müllcontainers, über den die Kunststofftragetaschen, unabhängig davon, ob sie kompostierbar sind oder nicht, zu entsorgen sind.

Diese Kampagnen werden zumindest im ersten Jahr nach dem Inkrafttreten dieses königlichen Dekrets durchgeführt und können auch danach weiterhin stattfinden, wenn dies zum Erreichen der festgelegten Ziele für notwendig erachtet wird.

2. Die lokalen Gebietskörperschaften und Händler können in Abstimmung mit den Kampagnen der zuständigen Behörden ebenfalls entsprechende Informations- und Sensibilisierungskampagnen durchführen.

3. Die von den zuständigen Behörden durchgeführten Kampagnen können über die kollektiven Systeme der erweiterten Verantwortung finanziert werden, und zwar im Rahmen der Finanzierungsvereinbarungen, die diese Systeme mit den Autonomen Gemeinschaften bzw. gegebenenfalls mit den lokalen Gebietskörperschaften getroffen haben.

KAPITEL III

**Verzeichnis der Erzeugnishersteller**

Artikel 7. *Einrichtung des Verzeichnisses der Erzeugnishersteller.*

1. Es wird ein Verzeichnis der Erzeugnishersteller eingerichtet, das einen administrativen und deklaratorischen Charakter hat und der Generaldirektion für Umweltqualität und -beurteilung und natürliche Lebensräume des Ministeriums für Landwirtschaft und Fischerei, Ernährung und Umwelt zugeordnet wird.

2. Das Verzeichnis der Erzeugnishersteller ist in Herstellerabschnitte unterteilt und fasst die Daten über das Inverkehrbringen von Erzeugnissen zusammen, um die Informationspflichten in Bezug auf die Abfallentsorgung zu erfüllen. Das Verzeichnis der Erzeugnishersteller muss mindestens einen Abschnitt über die Hersteller von Kunststofftragetaschen enthalten.

Im Zuge entsprechender Abfallvorschriften können für das Verzeichnis der Erzeugnishersteller weitere Abschnitte mit jeweils festgelegten Inhalten vorgeschrieben werden.

Artikel 8. *Eintragung der Hersteller von Kunststofftragetaschen in das Verzeichnis der Erzeugnishersteller.*

Die Hersteller von Kunststofftragetaschen tragen sich innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses königlichen Dekrets im Abschnitt der Hersteller von Kunststofftragetaschen des Verzeichnisses der Erzeugnishersteller des Ministeriums für Landwirtschaft und Fischerei, Ernährung und Umwelt ein. Bei der Eintragung stellen sie die Daten gemäß den Bestimmungen in Anhang II Absatz 1 bereit, die öffentlich zugänglich sind. Die personenbezogenen Daten sind im Rahmen der gültigen staatlichen Regelungen über den Schutz personenbezogener Daten geschützt.

Artikel 9. *Informationspflichten in Bezug auf Kunststofftragetaschen.*

Die Hersteller von Kunststofftragetaschen machen die in Anhang II Absatz 2 genannten Angaben zu den jeweils in einem Kalenderjahr von ihnen auf dem nationalen Markt in Verkehr gebrachten Tragetaschen. Diese Daten werden bis spätestens zum 31. März des Folgejahrs an das Ministerium für Landwirtschaft und Fischerei, Ernährung und Umwelt übermittelt, damit die Informationen über Kunststofftragetaschen zusammengestellt werden können, die gemäß den geltenden Rechtsvorschriften an die Europäische Kommission übermittelt werden müssen und jährlich veröffentlicht werden.

Die von den Tragetaschenherstellern bereitgestellten Daten müssen für die zuständigen Behörden zu Prüf- und Kontrollzwecken zugänglich sein.

KAPITEL IV

**Sanktionsregelung**

Artikel 10. *Sanktionsregelung.*

Die Nichteinhaltung der Bestimmungen dieses königlichen Dekrets wird gemäß den Bestimmungen des Gesetzes 22/2011 vom 28. Juli 2011 über kontaminierte Abfälle und Böden geahndet.

Erste Zusatzbestimmung. *Bericht über die Umsetzung des königlichen Dekrets und Überprüfung der vorgeschlagenen Maßnahmen.*

Das Ministerium für Landwirtschaft und Fischerei, Ernährung und Umwelt erstellt bis spätestens zum 1. Januar 2023 einen Bericht, in dem die Wirksamkeit der in diesem königlichen Dekret genannten Maßnahmen zur Verringerung des Verbrauchs von Kunststofftragetaschen, zur Beeinflussung des Verbraucherverhaltens und zur Förderung der Abfallvermeidung beurteilt wird. Sollte sich aus der Beurteilung ergeben, dass die ergriffenen Maßnahmen nicht wirksam sind, muss das Ministerium für Landwirtschaft und Fischerei, Ernährung und Umwelt nach anderen Möglichkeiten suchen, um den Verbrauch an Kunststofftragetaschen zu verringern, und gegebenenfalls einen neuen Entwurf einer Rechtsvorschrift vorlegen.

Zweite Zusatzbestimmung. *Einhaltung der zweiten Zusatzbestimmung des Gesetzes 22/2011 vom 28. Juli 2011.*

Die in diesem königlichen Dekret vorgesehenen Maßnahmen für leichte Kunststofftragetaschen müssen es ermöglichen, die Anforderungen gemäß der zweiten Zusatzbestimmung des Gesetzes 22/2011 vom 28. Juli 2011 zu erfüllen, insbesondere was die in Abschnitt 3 genannte Festlegung des Zeitplans anbelangt.

Bei der in Abschnitt 4 der zweiten Zusatzbestimmung des Gesetzes 22/2011 vom 28. Juli 2011 genannten Arbeitsgruppe handelt es sich um die Arbeitsgruppe für Verpackungen und Verpackungsabfälle des Ausschusses zur Koordinierung im Abfallbereich, die der Generaldirektion für Umweltqualität und -beurteilung und natürliche Lebensräume untersteht.

Dritte Zusatzbestimmung. *Informationen über Kunststofftragetaschen für das Jahr 2017.*

Die Informationen über Kunststofftragetaschen, die im Jahr 2017 auf dem spanischen Markt in Verkehr gebracht wurden, werden von den Herstellern innerhalb von drei Monaten nach ihrer Eintragung in das Verzeichnis der Erzeugnishersteller übermittelt.

Vierte Zusatzbestimmung. *Nichterhöhung der öffentlichen Ausgaben.*

Die in diesem königlichen Dekret vorgesehenen Maßnahmen entsprechen den in der allgemeinen Staatsverwaltung vorhandenen personellen und materiellen Mitteln. Eine Erhöhung der öffentlichen Ausgaben für diese Maßnahmen ist nicht möglich.

Einzige Aufhebungsbestimmung. *Aufhebung von Rechtsvorschriften.*

Alle Vorschriften, die den Bestimmungen dieses königlichen Dekrets entgegenstehen, widersprechen oder mit diesem nicht vereinbar sind, werden aufgehoben.

Erste Schlussbestimmung. *Zuständigkeiten.*

Dieses königliche Dekret hat grundlegenden Charakter und wird unter Berufung auf die Bestimmungen in Artikel 149 Absatz 1 Ziffern 13 und 23 der Verfassung verfügt, welche dem Staat jeweils die ausschließliche Zuständigkeit für die Grundlagen und Koordination der allgemeinen Wirtschaftsplanung und die grundlegende Gesetzgebung über den Umweltschutz zuschreiben.

Zweite Schlussbestimmung. *Einbeziehung von Rechtsvorschriften der Europäischen Union.*

Mit diesem königlichen Dekret wird die Richtlinie (EU) 2015/720 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 zur Änderung der Richtlinie 94/62/EG betreffend die Verringerung des Verbrauchs von leichten Kunststofftragetaschen in spanisches Recht umgesetzt.

Dritte Schlussbestimmung. *Umsetzungsermächtigung.*

Der Minister für Landwirtschaft und Fischerei, Ernährung und Umwelt wird ermächtigt, innerhalb seines Zuständigkeitsbereichs die erforderlichen Rechtsvorschriften zur Umsetzung und Durchführung der Bestimmungen dieses königlichen Dekrets zu erlassen und insbesondere die Anhänge an die Bestimmungen und Änderungen gemäß den internationalen Vorschriften sowie gegebenenfalls an die sich aus den Berichten gemäß der ersten Zusatzbestimmung ergebenden Schlussfolgerungen anzupassen.

Vierte Schlussbestimmung. *Inkrafttreten.*

Das vorliegende königliche Dekret tritt am Tag nach seiner Veröffentlichung im Amtsblatt des spanischen Staates in Kraft.

Madrid, den 18. Mai 2018.

FELIPE R.

Die Ministerin für Landwirtschaft und Fischerei, Ernährung und Umwelt,

ISABEL GARCÍA TEJERINA

**ANHANG I**

**Orientierungspreise für Kunststofftragetaschen**

*Orientierungspreis für Kunststofftragetaschen nach Wandstärke*

Tragetaschen mit einer Wandstärke unter 15 Mikron, die für andere Verwendungszwecke bestimmt sind als in der Begriffsbestimmung von sehr leichten Tragetaschen gemäß Artikel 3 Buchstabe d aufgeführt: 5 Eurocent/Tragetasche

Tragetaschen mit einer Wandstärke von 15 bis 49 Mikron: 15 Eurocent/Tragetasche

Tragetaschen mit einer Wandstärke ab 50 Mikron: 15 Eurocent/Tragetasche

Tragetaschen mit einer Wandstärke ab 50 Mikron und mit einem Anteil von mindestens 50 % aber weniger als 70 % recyceltem Kunststoff: 10 Eurocent/Tragetasche

**ANHANG II**

**Eintragung in das Verzeichnis der Erzeugnishersteller und jährlich in Bezug auf Kunststofftragetaschen dafür bereitzustellende Daten**

1. Daten im Zusammenhang mit der Eintragung in das Verzeichnis der Erzeugnishersteller.

Die Hersteller von Kunststofftragetaschen verpflichten sich mit ihrer Eintragung, folgende Daten bereitzustellen und auf aktuellem Stand zu halten:

a) Name und Anschrift des Herstellers bzw. seines Bevollmächtigten, einschließlich Postleitzahl, Ort, Straße und Hausnummer, Land, Telefonnummer, Faxnummer, E-Mail-Adresse und Ansprechpartner. Wenn es sich um einen Bevollmächtigten handelt, sind auch die Kontaktdaten des Herstellers anzugeben, den er vertritt.

b) Europäische oder nationale Steuernummer.

c) Erklärung über die Richtigkeit der gemachten Angaben.

2. Jährlich von den Herstellern bereitzustellende Daten zu den auf dem nationalen Markt in Verkehr gebrachten Kunststofftragetaschen.

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| Wandstärke(Mikron) | Kunststofftragetaschen aus Polyethylen mit hoher Dichte | Kunststofftragetaschen aus Polyethylen mit geringer Dichte | Kompostierbare Kunststofftragetaschen | Tragetaschen aus einer anderen Art Kunststoff |
| Einheiten | Stückgewicht (g/Tragetasche) | Gewicht (t) | Anteil recycelter Kunststoff (%) | Einheiten | Stückgewicht (g/Tragetasche) | Gewicht (t) | Anteil recycelter Kunststoff (%) | Einheiten | Stückgewicht (g/Tragetasche) | Gewicht (t) | Einheiten | Stückgewicht (g/Tragetasche) | Gewicht (t) |
| Unter 15 und unentgeltliche Abgabe. |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
| Unter 15 und kostenpflichtige Abgabe. |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
| 15 bis 49. |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
| Ab 50. |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |